

Anerkennung transnationaler, wirtschaftlicher und sozialer Menschenrechte, die wirtschaftliche Bevorzugung der Entwicklungsländer sowie das Erfordernis einer völkerrechtlichen Kooperationspflicht zugunsten des Wohlstands aller Menschen angesehen.

Die sorgfältige und umfangreiche Untersuchung, von der die wenigen hier berührten Punkte nur einen unvollständigen Eindruck der wertvollen Arbeit Verweys wiedergeben können, kann dem, der Zugang zu der angesprochenen vielgestaltigen Problematik finden möchte, empfohlen werden.

Mathias Roggentin

DOLPH WARREN ZINK

**The Political Risks for Multinational Enterprise
in Developing Countries. With a Case Study of Peru.**

Praeger Special Studies in International Economics and Development;
Praeger Publishers, New York, Washington, London 1973, 186 S.

Die Diskussion zur Rolle multinationaler Unternehmungen in der heutigen Weltwirtschaft ist ebenso jung wie von außerordentlicher Brisanz, weil als Folge der Internationalisierung ökonomischer Produktion häufig eine Einschränkung nationaler Souveränität konstatiert wird und sich damit das Problem von Ziel- und Interessendivergenzen zwischen nationaler ökonomischer, sozialer, politischer und kultureller Entwicklung, für die Konzepte von den jeweiligen Regierungen formuliert werden, und den primär am ökonomischen Erfolg orientierten multinationalen Konzernen ergibt, deren Management und seine Maßnahmen von nationalen Regierungen kaum oder nicht ausreichend kontrolliert und kanalisiert werden können.

Standen bisher gemeinhin solche Aspekte im Vordergrund vieler Untersuchungen, so kehrt Zink diese Problematik insofern in origineller Weise um, als seine Fragestellung auf die politischen Risiken für derartige Unternehmen im Falle von Investitionen in unterentwickelten Ländern gerichtet ist. Dies mag nicht zuletzt daraus resultieren, daß der Autor lange Jahre in führenden Positionen der nordamerikanischen Wirtschaft tätig war.

Im ersten Teil seiner Studie, die sich ausschließlich auf nordamerikanische Unternehmen und ihre privaten Auslandsinvestitionen bezieht, gibt Zink einen Überblick über die sich wandelnde Einstellung der Regierungen von Entwicklungsländern zu privaten ausländischen Investitionen. Die heutige Situation sei einerseits durch das langfristige Interesse der multinationalen Unternehmungen an Profitmaximierung, Wachstum, Vermögensschutz und Überleben und andererseits durch das Interesse der unterentwickelten Länder an politischer, ökonomischer, sozialer, kultureller Integration und Sozialisation und an stärkerer Legitimität der jeweiligen Regierungen gegenüber der Bevölkerung gekennzeichnet, was häufig zu einer extrem nationalistischen Einstellung führe. Dieser Nationalismus sowie die traditionelle politische Instabilität vieler Regime der Dritten Welt habe in der Regel erschwerte Bedingungen für private Investitionen zur Folge, z. B. durch Import- und Kapitalrepatriierungsrestriktionen, Forderungen nach nationaler Beteiligung an ausländischen Investitionen, Schwierigkeiten langfristiger Planungen etc. Da jedoch die multinationalen Unternehmungen an Wachstum im internationalen Maßstab interessiert seien und die unterentwickelten Länder auf Kapital-

importe zum Aufbau inländischer Industrien und zur Modernisierung ihrer Landwirtschaften und Agrarindustrien nicht verzichten könnten, empfiehlt Zink den multinationalen Konzernen, stärker als bisher bei den langfristigen Planungen von Engagements neben den ökonomischen die politischen Bedingungen zu überprüfen und gesicherte Prognosen zukünftiger politischer Entwicklungen zu erarbeiten und von deren Resultaten ihr investives Verhalten abhängig zu machen. Ist dann die Entscheidung für Investitionen einmal erfolgt, rät er, sich adaptiv in die von den nationalen Regierungen gesetzten Randbedingungen einzufügen, allerdings unter aktiver Partizipation am internen politischen Prozeß zur Wahrnehmung „legitimer“ Interessen.

Im zweiten Teil der Arbeit analysiert Zink verschiedene politisch relevante Gruppen Perus und ihre Einstellung zu ausländischen Unternehmen. Peru scheint ihm hierfür deswegen besonders geeignet, weil er die Politik der dort herrschenden Militärs als typisches Beispiel für einen nationalistischen Entwicklungsweg ansieht. Zink kommt zu dem Schluß, daß Peru trotz restriktiver Bedingungen für Auslandskapital und trotz verschiedener Enteignungen nordamerikanischen Besitzes nach wie vor ein interessantes Anlagegebiet ist. Voraussetzung dafür freilich sei, eine gemeinsame Interessenbasis zwischen investierenden Unternehmen und den herrschenden Militärs zu finden, was seitens der multinationalen Konzerne eine aktive Einflußnahme auf die peruanische Politik voraussetze. Ziel dieser Bemühungen müsse die interne politische Stabilität, das Wachstum des Binnenmarktes, die Förderung einer „modernisierenden“ Mittelschicht sowie die Befriedigung des peruanischen Bedürfnisses nach Technologie, einem fähigen Management und Kapital sein. Zu diesem Zweck — so Zink — müssen die multinationalen Unternehmungen zukünftig mehr politische Sensibilität entwickeln, wollen sie wirksam agieren.

Abgesehen von diesen problematischen Empfehlungen, deren ambivalenter Charakter auf der Hand liegt, ist zur vorliegenden Studie kritisch anzumerken, daß die Auswirkungen ausländischer Investitionen in unterentwickelten Ländern in keiner Weise hinsichtlich ihrer Bedeutung für den internen Entwicklungsprozeß untersucht werden. Vielmehr geht der Autor davon aus, daß diese Investitionen in jedem Fall der „Modernisierung“ „traditioneller“ bzw. „transitorischer“ Gesellschaften dienen, eine Annahme, die im allgemeinen nicht so ohne weiteres als zutreffend angesehen wird.

Kurt-Peter Schütt